

## **Antrag**

**der Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke u. a. SPD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration**

### **Die Situation der Schuldnerberatung verbessern**

#### Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie viele Menschen in Baden-Württemberg überschuldet sind (bitte aufgeschlüsselt nach Kreis bzw. kreisfreier Stadt, Altersgruppe und Geschlecht);
2. wie sich die Überschuldung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat (bitte aufgeschlüsselt nach Kreis bzw. kreisfreier Stadt, Altersgruppe und Geschlecht);
3. wie sich die Nutzung der „Buy now, pay later“-Funktion oder von Ratenkrediten bei Onlinekäufen (zum Beispiel über Klarna) in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat unter besonderer Darstellung, welche Rolle diese Angebote bei der Überschuldung spielen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Preisspanne der Einkäufe, Altersgruppe und Geschlecht der Nutzenden);
4. ob und welche Angebote der Schuldnerberatungsstellen es gibt, die sich speziell an junge Personen richten;
5. wie groß der Beratungsaufwand im Durchschnitt pro Person ist (bitte aufgeschlüsselt nach Kosten und Beratungsstunden);
6. wie die Schuldnerberatungsstellen im Land verteilt sind unter besonderer Darstellung, wie die Landesregierung die Versorgungssituation beurteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Kreis bzw. kreisfreier Stadt und Art des Angebots);

7. welche Art von Sozialplanung es im Land oder in den Kommunen für die Schuldnerberatung gibt bzw. von der Landesregierung angestrebt wird, um etwa einen landesweiten angemessenen und gleichmäßigen Zugang für überschuldete Menschen zur Schuldnerberatung zu ermöglichen;
8. wie sie den von der Liga Baden-Württemberg empfohlenen Bedarfsschlüssel von mindestens zwei vollzeitbeschäftigten Schuldnerberatungs-Fachkräften für 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner beurteilt unter besonderer Darstellung, wie sie gegebenenfalls dessen Umsetzung plant;
9. wie dabei sichergestellt werden kann, dass jede Person die Möglichkeit hat, eine Schuldnerberatung in Anspruch zu nehmen und ob dafür ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf kostenfreie Schuldnerberatung angestrebt werden sollte;
10. wie das Problem angegangen wird, dass die Finanzierung der sozialen Schuldnerberatung und teilweise auch der Insolvenzberatung zum großen Teil aus freiwilligen Leistungen besteht, wodurch keine einheitliche Finanzierungsgrundlage vorhanden ist und somit eine Verstetigung sowie ein benötigter Ausbau nicht möglich sind;
11. was geplant ist, um dem Fachkräftemangel in Schuldnerberatungsstellen entgegenzuwirken und ob es diesbezüglich angedacht ist, mit (Hoch-)Schulen zusammenzuarbeiten;
12. wie sie die Forderung aus den Schuldnerberatungsstellen zur Einrichtung einer Landesfachberatungsstelle für die Schuldnerberatung zur Verbesserung der Beratungsqualität und zur Qualifizierung von Fachpersonal in den Schuldnerberatungsstellen beurteilt und wie gegebenenfalls eine Umsetzung möglich ist;
13. inwiefern sie sich für eine starke Schuldnerberatung sowie Ausbau und Verstetigung der Prävention auch mit finanziellen Mitteln des Landeshaushalts zur Stärkung der Schuldnerberatung einsetzt.

10.2.2025

Dr. Kliche-Behnke, Kenner, Wahl, Fink, Cuny, Rivoir SPD

### Begründung

In Baden-Württemberg waren im Jahr 2024 ca. 620 000 Personen überschuldet (6,74 Prozent), wobei zu erwarten ist, dass die Zahlen in Zukunft aufgrund multipler Krisen wachsen werden. Die Inflation und steigende Lebenshaltungskosten belasten private Haushalte zunehmend. Neu ist dabei, dass vermehrt Menschen in den mittleren Einkommensbereichen betroffen sind. In Schuldnerberatungsstellen zeigen sich diese Umstände in einer erhöhten Nachfrage und einer immer komplexer werdenden Beratung. Folglich benötigt es eine Anpassung der Stellen in Schuldnerberatungsstellen, die Gewinnung und Sicherstellung qualifizierter Fachkräfte und einen Ausbau der Präventionsarbeit.

Soziale Schuldnerberatung zu stärken und auszubauen ist von großer Relevanz, da sie die Zuspitzung prekärer Lebenslagen von Menschen reduziert, zur Armutsprävention beiträgt und die Abhängigkeit von sozialen Leistungen reduziert. Stattdessen stehen Beratungsstellen vor unzureichenden Finanzierungsstrukturen und damit einhergehenden Planungsunsicherheiten. Es gibt keine einheitliche Finanzierungsgrundlage der sozialen Schuldnerberatung. Die Förderung nach SGB II bzw. SGB XII hat zur Folge, dass nur die darauf zutreffenden Personengruppen beraten werden und Personen aus allen anderen Gruppen womöglich auf teure Beratungsangebote zurückgreifen müssten. Das Ziel sollte jedoch sein, eine kostenfreie Schuldnerberatung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Mit diesem Antrag soll erfragt werden, wie die Sicherstellung einer flächen-deckenden, umfassenden Schuldnerberatung und Präventionsarbeit gewährleistet wird und was geplant ist, um der steigenden Anzahl und Komplexität der Beratungsfälle gerecht zu werden.

#### Stellungnahme\*)

Mit Schreiben vom 31. März 2025 Nr. 35-0141.5-017/8337 nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

- 1. wie viele Menschen in Baden-Württemberg überschuldet sind (bitte aufgeschlüsselt nach Kreis bzw. kreisfreier Stadt, Altersgruppe und Geschlecht);*
- 2. wie sich die Überschuldung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat (bitte aufgeschlüsselt nach Kreis bzw. kreisfreier Stadt, Altersgruppe und Geschlecht);*

Zu 1. und 2.:

Zu den Ziffern 1 und 2 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Überschuldungsstatistik des Bundes gibt nur Auskunft über beratene Personen. Deshalb wird an dieser Stelle auf die Daten des SchuldnerAtlas zurückgegriffen. Der jährlich erscheinende SchuldnerAtlas Deutschland von Creditreform, Boniversum und microm untersucht, wie sich die Überschuldung von Verbrauchern innerhalb Deutschlands verteilt. Überschuldung liegt nach dem SchuldnerAtlas vor, wenn der Schuldner oder die Schuldnerin die Summe der fälligen Zahlungsverpflichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit über einen längeren Zeitraum nicht begleichen kann und zur Deckung des Lebensunterhalts weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die Überschuldungsquote stellt den Anteil der Personen mit Negativmerkmalen im Verhältnis zu allen Personen ab 18 Jahren dar. Die Negativmerkmale setzen sich zusammen aus Daten aus den amtlichen Schuldnerverzeichnissen, unstrittigen Inkasso-Fällen von Creditreform gegenüber Privatpersonen und nachhaltigen Zahlungsstörungen.

Nach der aktuellen Ausgabe des SchuldnerAtlas Deutschland 2024 waren die Einwohnerinnen und Einwohner von Baden-Württemberg wie folgt überschuldet:

---

\*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

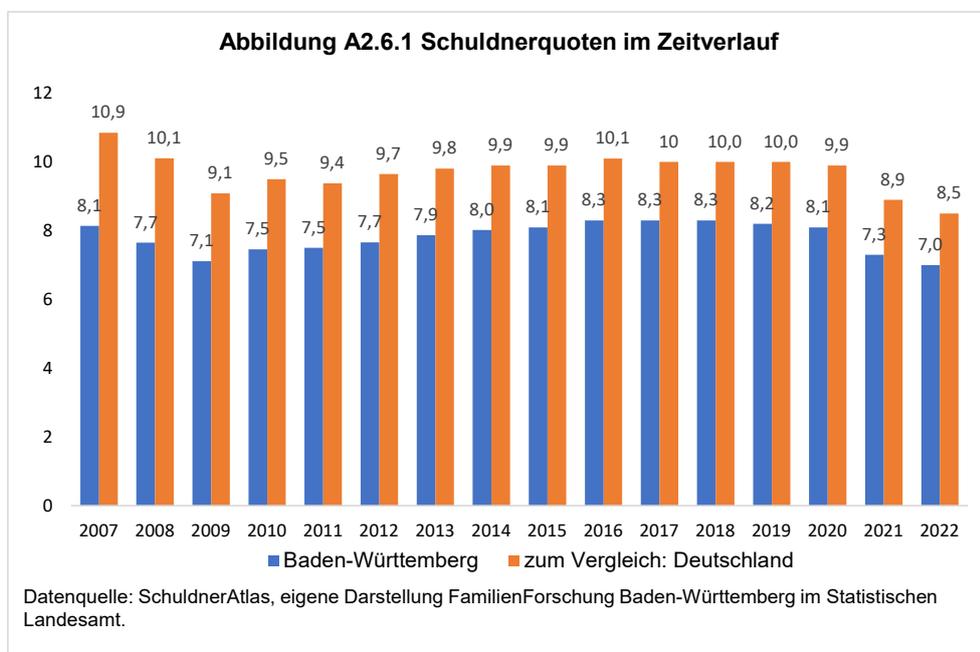
Jahr	Überschuldungsquote	Überschuldungsfälle in Millionen
2022	6,95 Prozent	0,64
2023	6,72 Prozent	0,62
2024	6,74 Prozent	0,62

Die Vorjahre lassen sich aus den älteren Ausgaben des SchuldnerAtlas entnehmen. Diese sind kostenlos abrufbar auf der Seite: *Alle Ausgaben des SchuldnerAtlas Deutschland zum Download*

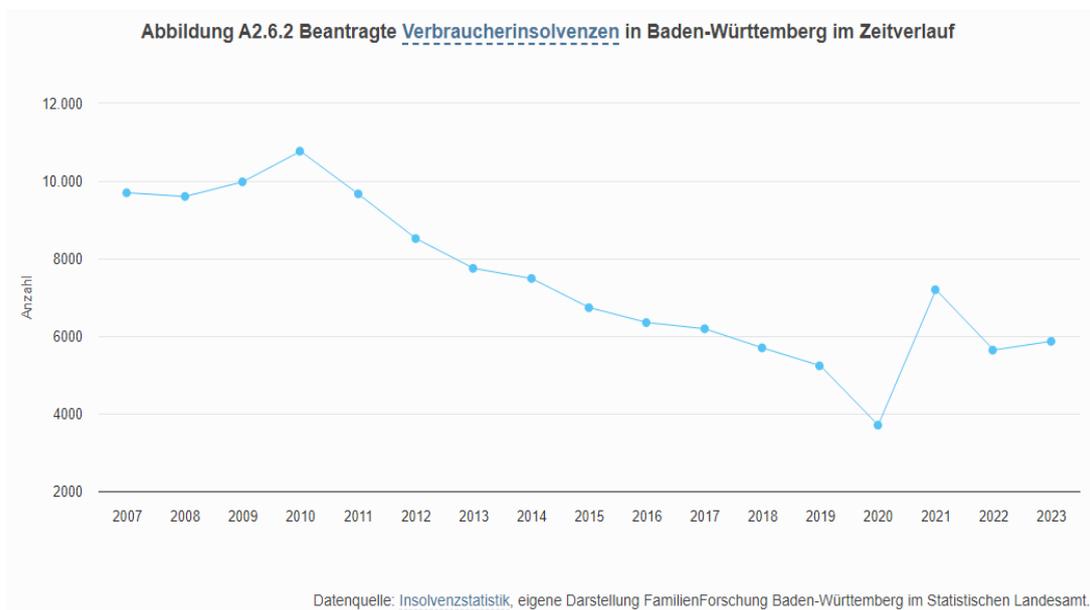
Auch die Überschuldungsquoten aller Landkreise in Baden-Württemberg sind auf dieser Seite abrufbar. Die niedrigste Überschuldungsquote mit 4,78 Prozent in 2024 ist für den Landkreis Tübingen verzeichnet, die höchste Überschuldungsquote mit 11,74 Prozent in 2024 ist für die Stadt Pforzheim angegeben.

Die Daten nach Alter und Geschlecht lassen sich nur bundesweit abrufen: Die Überschuldungsquote bei Frauen betrug 2024 6,17 Prozent, bei Männern 10,09 Prozent. Die Überschuldungsquote betrug bis unter 30 Jahre 6,76 Prozent, bei 30 bis 39 Jahren 13,29 Prozent, bei 40 bis 49 Jahren 12,17 Prozent, bei 50 bis 59 Jahren 8,24 Prozent, bei 60 bis 69 Jahren 6,54 Prozent und über 70 Jahren 2,99 Prozent.

Aus den Daten des SchuldnerAtlas hat die Familienforschung Baden-Württemberg die folgende Übersicht im Rahmen des Gesellschaftsmonitorings erstellt, die die Entwicklung der Schuldnerquoten (gleichbedeutend mit Überschuldungsquote) im Zeitverlauf darstellt.



Einen guten Überblick über die Entwicklung der Verbraucherinsolvenzen im Land gibt die folgende Grafik aus dem Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg. Im Jahr 2021 trat die Insolvenzreform mit Verkürzung der Wohlverhaltensperiode in Kraft, was zu einer Zurückhaltung mit Anträgen in 2020 und einem Nachholeffekt in 2021 geführt haben könnte.



3. wie sich die Nutzung der „Buy now, pay later“-Funktion oder von Ratenkrediten bei Onlinekäufen (zum Beispiel über Klarna) in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat unter besonderer Darstellung, welche Rolle diese Angebote bei der Überschuldung spielen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahr, Preisspanne der Einkäufe, Altersgruppe und Geschlecht der Nutzenden);

Zu 3.:

Nach Angaben des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg werden Verbraucherinnen und Verbraucher verstärkt von attraktiv klingenden Finanzierungs-Modellen wie „Buy now, pay later“ angelockt. Insbesondere für Jugendliche können diese in die Schuldenfalle führen, da sie diese häufig nicht durchschauen. Ein Problem bei „Buy now, pay later“ Angeboten ist, dass mehrere Kredite bei verschiedenen Anbietern parallel möglich sind. So kann der Überblick über offene Rechnungen schnell verloren gehen.

Aus den Ergebnissen der Überschuldungsstatistik 2023 des Statistischen Bundesamts geht hervor, dass bundesweit 30 Prozent der rund 594 800 im Jahr beratenen Personen Schulden bei Online- und Versandhändlern hatten. Der Anteil ist in den vergangenen fünf Jahren um 4 Prozentpunkte gestiegen. Im Jahr 2018 lag er noch bei 26 Prozent von insgesamt rund 571 500 beratenen Personen. Die Verbindlichkeiten, die die überschuldeten Personen bei Gläubigern des Online- und Versandhandels ausstehen hatten, beliefen sich 2023 auf durchschnittlich 650 Euro. Das entsprach allerdings nur 2 Prozent der gesamten durchschnittlichen Schulden aller überschuldeten Personen in Höhe von 31 565 Euro. Im Jahr 2018 hatte die Schuldenlast der beratenen Personen bei Online- und Versandhändlern im Durchschnitt 527 Euro betragen, die gesamten Schulden aller Personen in Beratung machten durchschnittlich 29 008 Euro aus.

Überschuldete Frauen haben häufiger und höhere Schulden bei Online- und Versandhändlern. So hatten im Jahr 2023 knapp 37 Prozent der Frauen, die die Hilfe einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nahmen, Zahlungsrückstände bei

Online- und Versandhändlern. Bei den Männern betrug der Anteil 23 Prozent. Auch die durchschnittliche Schuldenlast bei Online- und Versandhändlern lag bei Frauen (847 Euro) deutlich höher als bei Männern (477 Euro). Besonders jüngere Überschuldete sind von offenen Verbindlichkeiten bei Online- und Versandhändlern betroffen. Im Jahr 2023 waren 40 Prozent der beratenen 20- bis 24-Jährigen bei Firmen dieser Branche verschuldet. Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil kontinuierlich ab: Während bei den 25- bis 34-Jährigen noch 37 Prozent entsprechende Zahlungsrückstände aufwiesen, lag der Anteil bei den 55- bis 64-Jährigen bei 23 Prozent.

In der EU-Verbraucherkreditrichtlinie, die im Oktober 2023 in Kraft getreten ist und binnen zwei Jahren umgesetzt werden muss, werden auch digitale Bezahlmethoden besser geregelt. Dies betrifft Kredite unter 200 Euro und damit „Buy now, pay later“-Angebote. Damit müssen nun auch Kredite, die über obengenannte digitale Bezahlmethoden aufgenommen werden, einer Bonitätsprüfung unterzogen werden. Künftig wird zu prüfen sein, ob insbesondere jüngere Verbraucherinnen und Verbraucher mit der Umsetzung der Richtlinie wirkungsvoll vor Überschuldung geschützt sind.

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege teilt hierzu mit, dass aus ihrer Sicht für viele Menschen im Land das Bezahlen über gängige Bezahlungsdienstleister im Internet mittlerweile zum Alltag gehört. Ratenzahloptionen bis zu 30 Tagen oder in kleinen Raten lassen Konsumgüter selbst mit knappen Mitteln zunehmend erreichbar erscheinen. Gleichzeitig steige die Zahl der Beratenen mit Schulden aus Online-Einkäufen in den letzten Jahren an.

Das Online-Shopping biete neben seinem einfachen, unkomplizierten Zugang und der aufschiebenden Zahlungsmöglichkeit auch Gefahren für Verbraucherinnen und Verbraucher – insbesondere, wenn Zahlungsanbieter involviert seien. Sie können bei häufigerer Nutzung von Online-Angeboten schnell die Gesamtfolgen der Zahlungsverpflichtungen aus dem Blick verlieren. Besonders häufig von entsprechenden Schulden seien junge Menschen betroffen. Laut einer Schufa-Umfrage von 2023 nutzte bereits zu diesem Zeitpunkt fast ein Drittel der 16- bis 25-Jährigen diese Möglichkeit des Kaufens, das auf Kleinkrediten basiert. Auch der aktuelle SchuldnerAtlas weise auf Probleme im Zusammenhang von Buy now – pay later hin: Während die Überschuldung in Deutschland insgesamt rückläufig ist (von 8,15 Prozent im vergangenen Jahr auf 8,09 Prozent), steigt sie bei den unter 30-Jährigen seit zwei Jahren leicht an (+0,11) auf 6,76 Prozent. Der aktuelle SchuldnerAtlas zeige auch: Inzwischen ist fast jeder zweite neu aufgenommene Ratenkredit ein Kleinkredit unter 1 000 Euro.

Bei der zum fünften Mal durchgeführten bundesweiten Umfrage der AG SBV unter den rund 1 400 gemeinnützigen Schuldnerberatungsstellen aus dem Jahr 2024 bestätigten die 628 Teilnehmenden, dass „Buy now, pay later“-Angebote im Online-Shopping immer beliebter würden und eine immer größere Rolle bei Problemen mit Verschuldung spielten. 65 Prozent der Beratungsstellen gaben an, Probleme im Zusammenhang mit „Buy now, pay later“-Angeboten hätten im Vergleich zum Frühsommer 2023 zugenommen. Die Grenze zwischen Rechnungskauf und Ratenfinanzierung verschwimme für die Käuferinnen und Käufer. Oftmals werde mit dem Kauf ein Kredit mit einem Drittanbieter abgeschlossen. Hier fehle es klarer Transparenz (z. B. im Hinblick auf Angaben zu anfallenden Zinsen und Gebühren).

Aus den Angaben der 26 Stellen aus Baden-Württemberg wurden folgende Ergebnisse mitgeteilt: Bei über 30 Prozent dieser Stellen kommen vermehrt junge Menschen in die Schuldnerberatung. Zunehmende Verschuldung durch Kleinstkredite wurde bei 11 Stellen (über 42 Prozent) festgestellt. Eine Zunahme bei den Gläubigern aus Bezahlssystemen „Buy now, pay later“ wurde bei 16 Stellen (über 60 Prozent) festgestellt.

Ergänzend teilt der Städtetag mit, dass nahezu jeder oder jeder unter 30-jährige Beratene Schulden hat, die auf die Nutzung von „Buy now, pay later“-Angebote zurückzuführen sind. Zum Vergleich: bei Beratenen über 30 Jahren ist es im

Schnitt jede dritte Person. Die Preisspanne der auf diese Weise erworbenen Produkte bewegt sich meist im drei- bis niedrigen vierstelligen Bereich. Insbesondere technische Güter wie Smartphones, Kopfhörer, Fernseher und Spielekonsolen werden oftmals auf Raten oder durch Nutzung von „Buy now, pay later“-Angeboten erworben. Entsprechende Angebote erhöhen zwar für Menschen mit knappem Budget die Verfügbarkeit und den Zugang zu Produkten, bergen aber auch ein erhöhtes Verschuldungsrisiko und können den Einstieg in eine Überschuldungssituation darstellen. Durch geschicktes Marketing (unter anderem auch durch Influencer auf Plattformen wie TikTok und YouTube) sei die gesellschaftliche Akzeptanz der „Buy now, pay later“-Offerten sowie von Ratenzahlungsangeboten generell gestiegen. Der Landkreistag berichtet von ähnlichen Erfahrungen.

*4. ob und welche Angebote der Schuldnerberatungsstellen es gibt, die sich speziell an junge Personen richten;*

Zu 4.:

Zu dieser Frage liegen Erkenntnisse aus einer Abfrage vor, die die Familienforschung Baden-Württemberg in diesem Jahr zur Erstellung eines Gesellschafts-Reports im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration an alle Schuldnerberatungsstellen im Land gerichtet hat. Der Report soll sich mit dem Thema Überschuldung und Prävention beschäftigen und dabei den Fokus auf junge Menschen richten. Zu der Abfrage haben 24 Schuldnerberatungsstellen mitgeteilt, dass es in der jeweiligen Stelle Angebote gibt, die sich speziell an junge Menschen richten. Dies schließt nicht aus, dass weitere Angebote existieren.

Die Angebote sind vielfältig und reichen von Vorträgen, Workshops und Projekttagen für Schulklassen zu Finanzbildung und Überschuldung, Konsumwünsche vernünftig realisieren lernen, Verbraucherfallen erkennen lernen, Budgetplanung, ToDo-Listen; Übergang in die eigene Selbstständigkeit und allgemeine Sensibilisierung für Finanzen und „guten Umgang mit Geld. Hinzu kommen Präventionsspiele, Unterrichtsmaterialien, Elternberatung, Schulungen in Haushaltsplanung und Budgetberatung. Genannt werden auch Beratung in der Jugendberufsagentur, Übergangsbegleitung für Care-Leaver sowie Multiplikatorenschulungen in den Sozialen Diensten.

Beispielhaft erwähnt seien die Jugend-Schulden-Beratung Tübingen, die Jugendliche und junge Erwachsene berät, unterstützt und begleitet, die finanzielle Schwierigkeiten oder Schulden haben und daran etwas ändern möchten (Jugend-Schulden-Beratung Tübingen) sowie die Jugendschuldnerberatung „Benefit“ des Kreisdiakonieverbands im Landkreis Esslingen. Sie richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene. Es geht um den sinnvollen Umgang mit dem eigenen Geld, um Lockangebote, Verträge und die Finanzierung von Anschaffung und auch darum, wie sich Schulden geschickt vermeiden lassen (Jugendschuldnerberatung KDV Esslingen „Benefit“). Die Schuldnerberatung für Jugendliche und junge Erwachsene erfolgt in digitaler und aufsuchender Form; die Beratung erfolgt durch Mitarbeitende aus der „Peergroup“.

Auch der Landkreistag und der Städtetag weisen darauf hin, dass neben den allgemeinen Angeboten, die selbstverständlich auch jungen Menschen zur Verfügung stehen, bei den Schuldnerberatungsstellen der Landkreise zusätzliche spezifische Angebote existieren. Beispielhaft genannt seien Schulbesuche zur Sensibilisierung von jungen Menschen für den „guten“ Umgang mit Geld, Schuldenpräventionsveranstaltungen für Schulklassen und Bildungseinrichtungen, Planspiele, Flyer für Jugendliche zum Thema Banken und Versicherungen.

*5. wie groß der Beratungsaufwand im Durchschnitt pro Person ist (bitte aufgeschlüsselt nach Kosten und Beratungsstunden);*

Zu 5.:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Daten vor. Deshalb wurden die Träger der Schuldnerberatungsstellen befragt. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege wies darauf hin, dass keine Angaben zum durchschnittlichen Beratungsaufwand pro Person und zur gewünschten Differenzierung möglich sind. Nach Einschätzung des Städtetages ist der Beratungsaufwand je nach Komplexität des Beratungsfalles unterschiedlich; eine allgemeingültige Aussage hierzu sei nicht möglich. Auch der Landkreistag stellt fest, dass sich der zeitliche Aufwand und damit die Kosten nicht exakt bestimmen lassen.

*6. wie die Schuldnerberatungsstellen im Land verteilt sind unter besonderer Darstellung, wie die Landesregierung die Versorgungssituation beurteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Kreis bzw. kreisfreier Stadt und Art des Angebots);*

Zu 6.:

Die Verteilung der kommunalen Schuldnerberatungsstellen sowie der Schuldnerberatungsstellen der freien Wohlfahrtspflege lässt sich aus der Tabelle entnehmen. Hierzu wurden Liga der freien Wohlfahrtspflege und Kommunale Landesverbände befragt. In kursiver Schrift aufgeführt wurden die Stellen, die nach Kenntnis der Landesregierung bereits als „geeignete Stellen“ nach § 305 InsO tätig waren.

Es ist in allen Stadt- und Landkreisen mindestens ein Angebot vorhanden.

	Träger der freien Wohlfahrtspflege	Kommunale Träger
Alb-Donau-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Ulm: Diakonische Bezirksstelle Ulm</i></li> <li>• <i>Laichingen: Diakonisches Beratungszentrum</i></li> </ul>	
Bodenseekreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Markdorf: Diakonisches Werk Markdorf</i></li> <li>• <i>Salem: Fachklinik für Drogenkrankheiten siebenzwerge</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Friedrichshafen: Landratsamt Bodenseekreis</i></li> </ul>
Breisgau-Hochschwarzwald	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Müllheim: Diakonisches Werk</i></li> <li>• <i>Freiburg: Caritasverband Breisgau-Hochschwarzwald e. V.</i></li> <li>• <i>Müllheim: Caritasverband Breisgau-Hochschwarzwald e. V.</i></li> <li>• <i>Breisach: Caritasverband Breisgau-Hochschwarzwald e. V.</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Freiburg: Landratsamt Breisgau-Hochschwarzwald</i></li> </ul>
Enzkreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Mühlacker: Diakonisches Werk der evang. Kirchenbezirks im Enzkreis, Dienststelle Mühlacker</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Pforzheim: Jobcenter Enzkreis</i></li> <li>• <i>Pforzheim: Landratsamt Schuldnerberatung</i></li> </ul>
Hohenlohekreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Künzelsau: Kreisdiakonieverband Hohenlohekreis</i></li> <li>• <i>Öhringen: Kreisdiakonieverband Hohenlohekreis</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Künzelsau: Landratsamt Hohenlohekreis</i></li> </ul>
Landkreis Biberach		<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Biberach: Landratsamt Biberach</i></li> </ul>
Landkreis Böblingen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Böblingen: Evangelischer Diakonieverband</i></li> <li>• <i>Herrenberg: Diakonieverband im LKR Böblingen Haus der Diakonie Herrenberg</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Böblingen: Landratsamt Böblingen</i></li> </ul>
Landkreis Calw	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Calw: Verein für Menschen in besonderen Lebenslagen e. V.</i></li> <li>• <i>Calw: Diakonieverband Nördlicher Schwarzwald, Dienststelle Calw</i></li> <li>• <i>Nagold: Diakonieverband Nördlicher Schwarzwald Dienststelle Nagold</i></li> </ul>	
Landkreis Emmendingen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Emmendingen: Caritasverband für den Landkreis Emmendingen e. V.</i></li> </ul>	
Landkreis Esslingen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Esslingen: Kreisdiakonieverband Esslingen</i></li> <li>• <i>Filderstadt: Diakon. Bezirksstelle Bernhausen/Filder</i></li> <li>• <i>Kirchheim u. T.: Diakonische Bezirksstelle</i></li> <li>• <i>Nürtingen: Deutsches Rotes Kreuz</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Esslingen: Landratsamt Esslingen</i></li> </ul>

	Träger der freien Wohlfahrtspflege	Kommunale Träger
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Nürtingen: Jugendschuldnerberatung in der Diakonischen Bezirksstelle Nürtingen</li> </ul>	
Landkreis Freudenstadt		<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Freudenstadt: Landratsamt Freudenstadt</i></li> </ul>
Landkreis Göppingen		<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Göppingen: Landratsamt Göppingen</i></li> </ul>
Landkreis Heidenheim	<ul style="list-style-type: none"> <li>Heidenheim: Diakonisches Werk Heidenheim</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Heidenheim: Landratsamt Heidenheim</i></li> </ul>
Landkreis Heilbronn	<ul style="list-style-type: none"> <li>Heilbronn: Aufbaugilde Heilbronn gGmbH</li> <li><i>Heilbronn: Arbeiterwohlfahrt e. V.</i></li> <li>Heilbronn: Sozialberatung Heilbronn</li> <li>Heilbronn: Jugendhilfe Unterland</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Heilbronn: Landratsamt/Jobcenter</i></li> </ul>
Landkreis Karlsruhe	<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Bretten: Diakonisches Werk Bretten</i></li> <li>Bruchsal: Caritasverband Bruchsal e. V.</li> <li>Waghäusel-Wiesental: Caritasverband Bruchsal e. V.</li> <li>Ettlingen: Caritasverband für den Landkreis Karlsruhe Bezirksverband Ettlingen e. V.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Karlsruhe: Landratsamt Schuldnerberatung</i></li> </ul>
Landkreis Konstanz	<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Diakonisches Werk Singen</i></li> <li><i>Caritasverband Konstanz e. V.</i></li> <li><i>Caritasverband Singen-Hegau e. V.</i></li> <li><i>Diakonisches Werk Konstanz</i></li> </ul>	
Landkreis Lörrach	<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Lörrach: Caritasverband Lörrach e. V.</i></li> <li><i>Lörrach: Drogen- und Jugendberatungsstelle vom Arbeitskreis Rauschmittel e. V. Lörrach</i></li> <li><i>Lörrach: Diakonisches Werk Lörrach e. V.</i></li> <li>Lörrach: Bezirksverein für soziale Rechtspflege Lörrach</li> <li>Rheinfelden: Diakonisches Werk</li> </ul>	
Landkreis Ludwigsburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>Ludwigsburg: Sozialberatung Ludwigsburg e. V.</li> <li><i>Vaihingen/Enz: Diakonische Bezirksstelle</i></li> <li><i>Vaihingen/Enz: Kreisdiakonieverband Ludwigsburg</i></li> <li>Bietigheim-Bissingen: KDV-Ludwigsburg Standort Bietigheim-Bissingen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><i>Ludwigsburg: Landratsamt Ludwigsburg</i></li> </ul>

	Träger der freien Wohlfahrtspflege	Kommunale Träger
Landkreis Rastatt		<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Rastatt: Landratsamt Rastatt</i></li> </ul>
Landkreis Ravensburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ravensburg: SOS Ausweg e. V. – Schuldner- und Insolvenzberatung</li> <li>• Weingarten: Bewährungshilfeverein Ravensburg e. V.</li> <li>• Weingarten: Ravensburger Jugendhilfeverein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Wangen: Landratsamt Ravensburg Außenstelle Wangen</i></li> </ul>
Landkreis Reutlingen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Bad Urach: Diakonieverband Reutlingen</i></li> <li>• Reutlingen: Hilfe zur Selbsthilfe Reutlingen</li> <li>• Münsingen: Diakonieverband Reutlingen Diakonische Bezirksstelle Münsingen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Reutlingen: Landratsamt Reutlingen</i></li> </ul>
Landkreis Rottweil	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Rottweil: AWO Soziale Dienstleistungen gGmbH</i></li> <li>• <i>Sulz: Diakonische Bezirksstelle Sulz</i></li> <li>• Rottweil: Verein zur Förderung der Bewährungshilfe im Landgerichtsbezirk Rottweil e. V.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Rottweil: Landratsamt Rottweil</i></li> </ul>
Landkreis Schwäbisch Hall	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Crailsheim: Aufbaugilde Franken gGmbH fr. T.</i></li> <li>• Schwäbisch Hall: Verein für Betreuung und Hilfe im Vollzug e. V.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Schwäbisch Hall: Landratsamt Schwäbisch Hall</i></li> </ul>
Landkreis Sigmaringen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Pfullendorf: Diakonisches Werk Überlingen-Stockach</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Sigmaringen: Landratsamt Sigmaringen</i></li> </ul>
Landkreis Tübingen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Tübingen: Verein für Schuldnerberatung e. V.</i></li> <li>• <i>Tübingen: Verein f. Jugend- u. Bewährungshilfe</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Tübingen: Landratsamt Tübingen</i></li> </ul>
Landkreis Tuttlingen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Tuttlingen: Diakonische Bezirksstelle</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Tuttlingen: Landratsamt Tuttlingen</i></li> </ul>
Landkreis Waldshut		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Waldhut-Tiengen: Landratsamt Waldshut</li> </ul>
Main-Tauber-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bad Mergentheim: Diakonisches Werk Main-Tauber-Kreis</li> <li>• <i>Tauberbischofsheim: Caritasverband im Tauberkreis e. V.</i></li> <li>• <i>Tauberbischofsheim: Aufbaugilde Franken gGmbH</i></li> </ul>	
Neckar-Odenwald-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Mosbach: Bezirksstelle für Diakonie</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Dienstleistungsgesellschaft gGmbH (LRA)</i></li> </ul>
Ortenaukreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Achern: Caritasverband Vordere Ortenau e. V.</i></li> <li>• <i>Haslach: Caritasverband Kinzigtal e. V.</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Landratsamt Ortenaukreis: Ortenau Jobcenter</i></li> </ul>

	Träger der freien Wohlfahrtspflege	Kommunale Träger
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Kehl: Caritasverband Vordere Ortenau e. V.</i></li> <li>• <i>Lahr: Caritasverband Lahr e. V.</i></li> <li>• <i>Lahr: SLS Schuldnerberatung</i></li> <li>• <i>Offenburg: Caritasverband Vordere Ortenau e. V.</i></li> <li>• <i>Offenburg: Soziale Rechtspflege Ortenau</i></li> </ul>	
Ostalbkreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Aalen: Kreisdiakonieverband Ostalbkreis</i></li> <li>• <i>Aalen: Diakonieverband Ostalb Bezirksstelle Aalen</i></li> <li>• <i>Schwäbisch Gmünd: Sozialberatung Schwäbisch Gmünd</i></li> <li>• <i>Schwäbisch Gmünd: Diakonieverband Ostalb Bezirksstelle Schwäbisch Gmünd</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Aalen: Landratsamt Ostalbkreis</i></li> </ul>
Rems-Murr-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Fellbach: Arbeiterwohlfahrt e. V.</i></li> <li>• <i>Waiblingen: Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis</i></li> <li>• <i>Schorndorf: Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis Bezirksstelle Schorndorf</i></li> <li>• <i>Weinstadt: Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis Dienststelle Weinstadt-Endersbach</i></li> <li>• <i>Backnang: Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis</i></li> <li>• <i>Fellbach: Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis</i></li> <li>• <i>Winnenden: Kreisdiakonieverband Rems-Murr-Kreis</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Waiblingen: Stadt Waiblingen</i></li> </ul>
Rhein-Neckar-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Eberbach: Diakonisches Werk Eberbach</i></li> <li>• <i>St. Ilgen: Diakon. Beratungszentrum St.-Ilgen</i></li> <li>• <i>Schwetzingen: Diakonisches Werk</i></li> <li>• <i>Schwetzingen: Caritasverband für den Rhein-Neckar-Kreis e. V.</i></li> <li>• <i>Weinheim: Diakonisches Werk</i></li> <li>• <i>Wiesloch: Diakonisches Werk</i></li> <li>• <i>Wiesloch: Caritasverband für den Rhein-Neckar-Kreis e. V.</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Leimen: Stadtverwaltung Leimen</i></li> </ul>
Schwarzwald-Baar-Kreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Villingen-Schwenningen: Diakonisches Werk e. V.</i></li> <li>• <i>Villingen-Schwenningen: Bezirksverein für soziale Rechtspflege VS</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Villingen-Schwenningen: Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis</i></li> </ul>

	Träger der freien Wohlfahrtspflege	Kommunale Träger
Stadt Baden-Baden	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Diakonisches Werk Baden-Baden und Rastatt</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Schuldnerberatung der Stadt Baden-Baden</i></li> </ul>
Stadt Freiburg	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Caritasverband Freiburg Stadt e. V.</i></li> <li>• <i>A ray of hope/Hoffn. f. M. in Not e. V.</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Stadt Freiburg im Breisgau</i></li> </ul>
Stadt Heidelberg	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Caritasverband Heidelberg e. V.</i></li> <li>• <i>Diakonisches Werk e. V.</i></li> <li>• <i>Paritätischer Wohlfahrtsverband (Schuldnerberatung Heidelberg Vbl e. V.)</i></li> <li>• <i>Bezirksverein für soziale Rechtspflege Heidelberg</i></li> </ul>	
Stadt Heilbronn	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Heilbronn: Aufbaugilde Heilbronn gGmbH</i></li> <li>• <i>Heilbronn: Arbeiterwohlfahrt e. V.</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>•</li> </ul>
Stadt Karlsruhe	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Caritasverband Karlsruhe e. V.</i></li> <li>• <i>Verein für Jugendhilfe Karlsruhe e. V.</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Sozial- und Jugendbehörde der Stadt Karlsruhe</i></li> </ul>
Stadt Mannheim	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>AG Spezial. Schuldnerberatung (ASS GmbH)</i></li> <li>• <i>Caritasverband Mannheim e. V.</i></li> </ul>	
Stadt Pforzheim	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Bezirksverein für Soziale Rechtspflege</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Stadt Pforzheim</i></li> </ul>
Stadt Stuttgart	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Zentrale Schuldnerberatung Stuttgart</i></li> <li>• <i>Neue Arbeit gGmbH</i></li> <li>• <i>PräventSozial – Justiznahe Soziale Dienste gemeinnützige GmbH</i></li> <li>• <i>Sozialberatung Stuttgart e. V.</i></li> <li>• <i>Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V.</i></li> <li>• <i>Caritasverband für Stuttgart e. V.</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Landeshauptstadt Stuttgart</i></li> </ul>
Stadt Ulm	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Diakonische Bezirksstelle Ulm/ Diakonieverband Ulm/Alb-Donau</i></li> <li>• <i>Bewährungs- und Straffälligenhilfe Ulm e. V.</i></li> </ul>	
Zollernalbkreis	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Balingen: Diakonische Bezirksstelle Balingen</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <i>Landratsamt Zollernalbkreis</i></li> </ul>

*7. welche Art von Sozialplanung es im Land oder in den Kommunen für die Schuldnerberatung gibt bzw. von der Landesregierung angestrebt wird, um etwa einen landesweiten angemessenen und gleichmäßigen Zugang für überschuldete Menschen zur Schuldnerberatung zu ermöglichen;*

Zu 7.:

Da es sich bei der Schuldnerberatung um eine kommunale Aufgabe handelt (siehe Frage 13), liegt eine entsprechende Sozialplanung nicht in der Zuständigkeit des Landes und liegen dazu keine Kenntnisse vor. Hierzu wurde die kommunale Ebene befragt.

Der Landkreistag hat dazu mitgeteilt, dass die Sozialplanungen in den Landkreisen in der Regel im Wege der integrierten Sozialplanung auch die Bedarfe der überschuldeten Menschen im Blick haben. Auch werden die Bedarfe für die Schuldnerberatung anhand interner Statistikerhebungen analysiert.

*8. wie sie den von der Liga Baden-Württemberg empfohlenen Bedarfschlüssel von mindestens zwei vollzeitbeschäftigten Schuldnerberatungs-Fachkräften für 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner beurteilt unter besonderer Darstellung, wie sie gegebenenfalls dessen Umsetzung plant;*

Zu 8.:

Da es sich bei der Schuldnerberatung um eine kommunale Aufgabe handelt (siehe Frage 13), obliegt die Beurteilung des notwendigen Personalbedarfs den Kommunen. Generell ist ein landesweit angemessener und gleichmäßiger Zugang für überschuldete Menschen zur Schuldnerberatung wünschenswert. Festzuhalten bleibt, dass in jedem Stadt- und Landkreis Angebote existieren, siehe Frage 6.

*9. wie dabei sichergestellt werden kann, dass jede Person die Möglichkeit hat, eine Schuldnerberatung in Anspruch zu nehmen und ob dafür ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf kostenfreie Schuldnerberatung angestrebt werden sollte;*

Zu 9.:

Zum ersten Teil der Frage wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

Über die Frage der Einführung eines gesetzlichen Rechtsanspruchs auf kostenfreie Schuldnerberatung ist derzeit vom Bund im Rahmen der Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie der Europäischen Union zu entscheiden. Artikel 36 Absatz 1 der Richtlinie bestimmt: "Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass den Verbrauchern, die Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer finanziellen Verpflichtungen haben oder haben könnten, unabhängige Schuldnerberatungsdienste, für die nur begrenzte Entgelte zu entrichten sind, zur Verfügung gestellt werden." Die Umsetzung durch den Bund bleibt abzuwarten.

*10. wie das Problem angegangen wird, dass die Finanzierung der sozialen Schuldnerberatung und teilweise auch der Insolvenzberatung zum großen Teil aus freiwilligen Leistungen besteht, wodurch keine einheitliche Finanzierungsgrundlage vorhanden ist und somit eine Verstärkung sowie ein benötigter Ausbau nicht möglich sind;*

*13. inwiefern sie sich für eine starke Schuldnerberatung sowie Ausbau und Verstärkung der Prävention auch mit finanziellen Mitteln des Landeshaushalts zur Stärkung der Schuldnerberatung einsetzt;*

Zu 10. und 13.:

Zu den Ziffern 10 und 13 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Landesregierung anerkennt die wichtige Tätigkeit der Schuldnerberatung: Bei ihr handelt es sich um eine kommunale Aufgabe, sodass die Finanzierungsverantwortung bei den Kommunen liegt. Träger der Leistungen sind die Landkreise und kreisfreien Städte.

Eine Finanzierungsverantwortung des Landes besteht nur für den Bereich der Insolvenzberatung. Für die Insolvenzberatung stellt das Land im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Fallpauschalen bereit. Eine Erhöhung der Fallpauschalen wird derzeit im Rahmen des Erlasses der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung und unter Berücksichtigung zur Verfügung stehender Haushaltsmittel von der Landesregierung geprüft.

Bei kommunalen Aufgaben kann das Land Impulse setzen durch die Förderung innovativer Modellvorhaben. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren aus Mitteln der Armutsbekämpfung verschiedene Projekte der Schuldnerberatung unterstützt. Zu verweisen ist auf die Förderaufrufe „Überschuldung von Familien“ 2022 und 2023, mit denen im Anschluss an den GesellschaftsReport „Überschuldung von Familien in Baden-Württemberg – Analyse und Ansätze zur Verbesserung der Schuldnerberatung“ Projekte zum Ausbau der Schuldnerberatung für Familien gefördert wurden. Das Land hat über die beiden Förderperioden rund 1,4 Millionen Euro für den Ausbau der Schuldnerberatung für Familien an 24 Standorten zur Verfügung gestellt. Ein weiterer GesellschaftsReport zum Thema Überschuldung und Prävention mit Fokus auf junge Menschen ist in Vorbereitung.

*11. was geplant ist, um dem Fachkräftemangel in Schuldnerberatungsstellen entgegenzuwirken und ob es diesbezüglich angedacht ist, mit (Hoch-)Schulen zusammenzuarbeiten;*

Zu 11.:

Das Anliegen der Vertretungen der Schuldnerberatungsstellen bezüglich des Fachkräftemangels und der Qualifizierung von Schuldnerberatungsfachkräften wurde vom Land aufgegriffen. Unter anderem um der Problematik des fehlenden Zertifikatslehrgangs Schuldnerberatung im Land abzuwehren, wurde vom Sozialministerium der Kontakt zur Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie geknüpft. Die Verwaltungsakademie hat den Vorschlag aufgegriffen und ein Curriculum für einen Zertifikatskurs mit Vertretungen der Schuldnerberatung erarbeitet, der künftig angeboten werden soll.

*12. wie sie die Forderung aus den Schuldnerberatungsstellen zur Einrichtung einer Landesfachberatungsstelle für die Schuldnerberatung zur Verbesserung der Beratungsqualität und zur Qualifizierung von Fachpersonal in den Schuldnerberatungsstellen beurteilt und wie gegebenenfalls eine Umsetzung möglich ist.*

Zu 12.:

Bei der Schuldnerberatung handelt es sich um eine kommunale Aufgabe. Das Land unterstützt den jährlichen landesweiten Fachtag Schuldnerberatung, bei dem Fachfragen der Schuldnerberatung behandelt werden, und die jährliche Klausurtagung für die Teilnehmer des Forums Junge Schuldnerberatung, die die Arbeitsgemeinschaft kommunale Schuldnerberatung in Baden -Württemberg (AG KSB BW) für die neuen Mitarbeitenden in den kommunalen Schuldnerberatungsstellen veranstaltet. Auch dies dient dem fachlichen Austausch. Ein darüber hinaus gehendes finanzielles Engagement des Landes im Sinne der Förderung einer Fachberatungsstelle ist nicht vorgesehen.

Lucha

Minister für Soziales, Gesundheit  
und Integration